

all. Turnordnung  
Die Turnvorle-  
gen zu ernster Arbeit  
gen.

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtsheim, Klemmelsheim, Bencha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinkirch, Rügels, Rötha, Rückersdorf, Wettin, Oberwitz, Thiersch etc.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

den und zurück  
nach  
Grimma-Bautzen

48 bis Großbothen  
01 bis Dresden  
33 bis Großbothen  
34 bis Dresden  
51 bis Großbothen  
49 bis Großbothen  
59 bis Dresden  
18 bis Naunhof  
17 bis Großbothen  
17 bis Grimma  
43 bis Dresden  
03 bis Grimma  
05 bis Nossen  
55 bis Grimma  
Großbothen.

Großpreis wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 2.—, halbjährlich Mk. 9.—.  
durch die Post bezogenen einfach. der Postgebühren Mk. 2.75. Im Hause höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Sitzungen des Betriebes, hat der Besitzer  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gemr.: Amt Naunhof Str. 2.



Bezugspreise: Die Spezialpost Korrespondenz 40 Pf., auswärts 75 Pf., Ein-  
bürgerliche Zeit Mk. 1.20. Reklamezeit Mk. 1.20. Beilagepreise pro Ausgabe Mk. 2.—.  
Rücknahme der Beispiele bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erfolgszeitungstages,  
größere noch früher. — Eine Einzelverteilung ist nicht erlaubt. —  
Bestellungen werden von den Buchdruckern über in der Geschäftsführung angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Gutz, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 66

Sonntag, den 5. Juni 1921

32. Jahrgang

### Amtliches.

Die Geschäftssäume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung

Montag, den 6. und Dienstag, den 7. Juni d. J.  
geschlossen.

Dringliche Sachen und Standesamtssäume werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.

Naunhof, am 1. Juni 1921. Der Bürgermeister.

Infolge bevorstehender Ablösung der Bekleidungsstelle werden verschiedene Bekleidungsstücke, insbesondere Ulster, Schneeanzüge, Uniformstücke, schwarze Lederhosen, Militärhosen, Dreihosen, getragene Unterhosen zu besonders verbilligten Preisen bei der Firma H. Reifeger hier breite Straße 1 nur kurze Zeit abgegeben. Es empfiehlt sich recht ausgiebig Gebrauch von diesem Angebot zu machen, zumal es sich um sehr haltbare Arbeitskleidung handelt.

Naunhof, am 30. Mai 1921. Der Bürgermeister.

Die nächste Mutterberatungssitzung findet Dienstag, den 7. Juni d. J. nachmittags 2 Uhr in der neuen Schule im Lehrerzimmer und Zimmer 4 statt.

Naunhof, am 4. Juni 1921. Der Bürgermeister.

Übungen der Pflichtfeuerwehr.

Montag, den 6. Juni 2. Spritzenzug und 5. Zug

(Altermannschoß).

Mittwoch, den 8. Juni 1. Spritzenzug u. 8. Spritzenzug.

Abends 1/2 Stellen am Gerdehaus.

Naunhof, am 4. Juni 1921. Der Bürgermeister.

### Das Regierungsprogramm.

Zu den Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag wird uns von einem parlamentarischen Mitarbeiter geschrieben:

Von den verschiedenen Vorschlägen, die in den Beratungen des Kabinetts behandelt wurden, und die zum Teil als das angebliche "Reparationsprogramm" veröffentlicht wurden, hat der Kanzler in seiner großen Rede am Mittwoch nur eine Auswahl erwähnt. Befremdlich war zuerst davon die Rede, durch eine Anzahl neuer Steuern oder Erhöhung bestehender Abgaben die nötigen Summen aufzubringen. Bald kam in der richtigen Erkenntnis, daß dieser Weg auch nicht zum Ziele führt, der Gedanke hinzu, die Gewinne der Industrie durch besondere industrielle Selbstverwaltungsbörper an der Quelle zu erfassen, und schließlich tauchte der am meisten Aufsehen erregende Plan einer 25prozentigen Belastung des Grundbesitzes in Stadt und Land auf. Der Kanzler hat nur die Steuerfragen etwas eingehender beleuchtet, die anderen Projekte aber teils ganz weggelassen, teils in veränderter Gestalt nur vorsichtig angekündigt. Einen grundlegenden Unterschied zwischen den festen Jahresabgaben an die Alliierten und den 25prozentigen Exportabgabe hat er nicht gemacht, sondern vielmehr nach Möglichkeiten gesucht, den Gesamtbetrag beider Arten von Leistungen, der für dieses Jahr vielleicht 3½ Milliarden übersteigt, einheitlich aufzubringen. Von besonderer Wichtigkeit erscheint es dabei, daß man sich jetzt auch in der Sozialdemokratie darüber klar geworden ist, daß trotz der grundsätzlichen Gegnerhaft dieser Partei gegen alle indirekten Steuern auch diese Art öffentlicher Abgaben jetzt in weitgehendem Maße zu Hilfe genommen werden muß. Auf Grund dieses Augenblicks der stärksten Koalitionspartei konnte der Kanzler daher neben dem Vutekt der direkten Steuern, welches in erster Linie einen Ausbau der Abgabensteuer, der Körpersteuer und der Börsensteuer in ihren verschiedenen Zweigen umfaßt, auch neue Segeleinführungen ankündigen, durch die der Verbrauch von Alkohol, Tabak, Zucker usw. für das Reich in höherem Grade nutzbar gemacht werden soll.

Die steuertechnischen Pläne, die alle nur in knappen Umrissen angedeutet wurden, finden ihre notwendige Ergänzung in Maßnahmen allgemein wirtschaftspolitischer Natur. Neue Gedanken sind dabei nicht gerade ausgetragen, und wenn der Kanzler von sprach, daß Landwirtschaft und Industrie zum höchsten Maße ihrer Leistungsfähigkeit angelobt werden müssen, daß alle Bodenschätze über und unter der Erdoberfläche in geistiger Form ausgenutzt werden sollen, daß das Ernährungs- und Verkehrswesen gebessert und der Lurus eingeschränkt werden muß, so steht man eigentlich nur vor einer neuen Auslage von Versprechungen, die jedes Kabinett seit der Revolution zum Programm erhoben hat, und von denen man zunächst einmal ganz dahingestellt lassen muß, wieviel Herrn Wirth die Umsetzung der zweifellos von einem guten Willen besetzten Worte in die Tat gelingen wird. Eine leider nur flüchtige Andeutung über die Erfassung der sogenannten "Goldvorteile", d. h. aller in ihrem Werke durch die Valutawechselungen nicht oder nur wenig beeinflußten Vermögensgütern ist erster Linie kommt

dafür vermutlich der Grundbesitz in Frage) war das einzige, was nach einem neuen Gedanken ausfiel.

Regierung, Reichstag und Reichswirtschaftsrat haben ein ungewöhnlich großes Arbeitspensum vor sich, um aus den knappen und noch ziemlich inhaltlosen Umrissen des in der Kanzlerrede enthaltenen Programms brauchbare Gesetze zu machen, die wenigstens einige Aussicht auf Erfolg bei der unerhörten Aufgabe der "Reparation" eröffnen. "Verständigung, Versöhnung und Wiederaufbau" stellt der Kanzler als Leitwort an den Anfang seiner Erklärungen. Er weiß recht gut, daß dieses Ziel nicht allein von unserem guten Willen, auch das unmöglich möglich zu machen, abhängt. Wenn die Entente nicht mindestens den gleichen Willen zeigt, um die übermenschliche Würde tragen zu helfen, so werden leichten Endes doch alle deutschen Anstrengungen vergeblich bleiben. Eben in diesen Tagen erleben wir mit dieser Entrüstung ein unwürdiges Schauspiel, von dem man noch zu hoffen wagt, daß es zu einem Wendepunkt in dem nach wie vor feindlichen Verhalten der Entente gegen uns werden könnte. Mit einer Entscheidlichkeit, die ihm von allen Seiten hoch angerechnet wird, hat der Kanzler auf das himmelstrebende Unrecht hingewiesen, das sich Tag für Tag unter den Augen der internationalen Kommission in Oberschlesien abspielt und mit seiner Fortsetzung, daß die Entente die Zusage des ehrlichen Spiels in einer Frage, in der ihre Ehre ebenso auf dem Spiele steht wie unsere nationale Existenz, endlich verwirklicht, vereinigen sich trotz aller inneren Parteidifferenzen die Stimmen aller Volksvertreter und des ganzen Volkes selbst. Die Atmosphäre internationaler Verurteilung, die die erste Voraussetzung für die Erfüllung jedes irgendwie gearbeiteten deutschen Reparationsprogramms ist, kann nicht gebrechen, solange eine nicht nur für Deutschland, sondern für die Weltwirtschaft lebensnotwendige Provinz in den hellen Flammen des Aufruhrs räuberischer Horden zugrunde gerichtet wird.

Abgesehen von diesem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Teil der Regierungserklärung hat die Rede des Kanzlers bei den Parteien nur einen bedingten Eindruck hervorgerufen. Dazu mag beigegeben haben, daß der sogenannte und temperamentvolle Redner diesmal in monotonem Vortrag ein Manuskript ablas. Aber auch tatsächlich ging er um alle kritischen Punkte immerhin so vorstellig herum, daß irgendwelche grundsätzliche Entscheidungen in der mit dem halbseitigen Reparationsprogramm aus engst verknüpften Kabinettfrage jetzt nicht zu erwarten sind. Man rechnet übrigens damit, daß die noch bevorstehende Rede des neuen Wiederaufbauministers Dr. Rathenau die Darlegungen des Kanzlers nicht wesentlich ergänzen wird. Der Reichstag wird nach einer vermutlich nur kurzen Arbeitszeit vielleicht schon Mitte Juni in die großen Sommerferien gehen und erst im Herbst wieder zusammenkommen. In der Zwischenzeit sollen die im Regierungsprogramm angedeuteten Gesetzwürfe ausgearbeitet werden, und dann erst wird die große parlamentarische Auseinandersetzung um die endgültige Gestaltung des Reparationsprogramms beginnen können, zu der die Debatte dieser Woche ebenso wie die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth nur als ein Vorspiel anzusehen sind.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

##### Deutsches Weißbuch über den Kriegsausbruch.

Der erste Unterausschuß des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Vorgeschichte des Weltkrieges hat die Untersuchung über die militärischen Rüstungen und Mobilisierungen, die dem Ausbruch des Krieges vorangingen, beendigt und das Ergebnis in einem zweiten Weißbuch niedergelegt. Das Weißbuch verbreitet sich ausführlich über die militärischen Maßnahmen in Deutschland und Österreich-Ungarn im Juli 1914 sowie über die Bedeutung der allgemeinen russischen Mobilisierung und legt dann den deutschen Operationsplan dar. Der Unterausschuß hat nunmehr die Untersuchung der ganzen politischen Vorgeschichte des Weltkrieges begonnen. Die Untersuchung wird sich auch auf die Geschichte vor dem Attentat in Sarajevo erstrecken.

##### Gönningers der Alliierten auf Bayern.

Der britische Botschaftsrat und Generalkonsul in München wurde in Abwesenheit des Herrn v. Kahr von dem Kultusminister Watt empfangen und sagte auf Besuch seiner Regierung: "Ich bin beauftragt, категорisch zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn von Bayern die in dem Ultimatum geforderten Bedingungen restlos erfüllt werden. Die Bedingungen enthalten die Forderung sowohl der Einwohnung als der Auflösung der Einwohnergemeinde." Eine ähnliche Erklärung gab der französische Gesandte schon vorher ab. Ebenso soll von England, Frankreich und Italien eine scharfe Note an den Ministerpräsidenten von Kahr gerichtet worden sein.

##### Keine Franzosenübermacht im Rheinland.

Die christlichen Gewerkschaften in Köln nahmen Veranlassung, die markantesten Besatzungsbehörden darauf aufmerksam zu machen, daß die Absicht, die nach Ober-

schießen entstandenen englischen Truppen durch französische zu erlegen, in weiten Kreisen der Bevölkerung Beunruhigung hervorgerufen hat. Die Eingaben haben den Erfolg gehabt, daß die englische Besatzungsbehörde erklärte, von einer dauernden Ablösung durch französische Truppen könne keine Rede sein. Die oberste Militär- und Zivilgewalt bleibe in den Händen der englischen Behörden.

##### Absage der deutschen Bergarbeiter an Moskau.

Der Kongress des Verbandes deutscher Bergarbeiter lehnte den kommunistischen Antrag auf Anschluß an die Moskauer Internationale mit überwältigender Mehrheit ab. 200 Delegierte sprachen sich für das Verbleiben beim Amsterdamer Gewerkschaftsbund aus; sieben stimmten für Moskau. Es wurde u. a. eine Entschließung angenommen, die sich gegen die "wahnähnlichen Phrasen" der Kommunisten in Mitteldutschland und gegen die "seige Flucht" der Führer im kritischen Moment richtet, aber auch die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Besetzung der Sondergerichte fordert.

##### Deutschlands Häuserlieferungen für Frankreich.

In Paris fand eine Versammlung statt, an der auch Abgeordnete der Hochvereinigung der Zimmerleute teilnahmen. Von den vorgestellten Arten der zu liefernden Häuser hat die Kommission sich drei Typen ausgewählt. Die Deutschen haben die Preise dieser drei Typen mitgeteilt. Das einzige, was noch zu tun ist, ist die Berechnung der Transportkosten, der Kosten für die Fundamentierung und die Kosten des Einfuhrzolls. Die Häuser bestehen ausnahmslos aus Holz und Beton und ähneln dem Typ, der in Norwegen und Südtirol gebautlich ist.

##### Deutsch-Ostreich.

Die Regierungsteil, Bundeskanzler Dr. Mayr kündigte im Kabinettstall die Demission der Regierung an. Der Bundeskanzler Dr. Mayr wurde vom Bundespräsidenten Hainisch mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Im Wiener Außenamt sprachen die Vertreter der Entente vor, um neuerdings einen Protest wegen der Anschlußabstimmungen der österreichischen Regierung zu übermitteln. Der Sturz des Kabinetts ist auf die Grunde der einzelnen Landesregierungen gegen das Kabinett in der Anschlußfrage zurückzuführen. Die Anschauung ist stärker vertreten, daß Dr. Mayr als Bundeskanzler erhalten bleiben soll, mindestens aber als Minister des Außenwesens gegen den Verkehr mit den Vertretern der Ententemächte fungieren soll. In diesem Falle würde der Abgeordnete links Bundeskanzler werden.

##### Frankreich.

Nach deutschem Muster. Zur Einführung der obligatorischen Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung ist in Frankreich ein Gesetzentwurf vorbereitet. Das Vorbild dazu haben die Franzosen in Elsaß-Lothringen nicht nur angetroffen, sondern auch benutzt. Arbeitsminister Vincent macht aus seiner offenen gestandenen Bewunderung der deutschen Sozialversicherung kein Hehl. Die "Humanité" behauptet, er habe das deutsche Gesetz einfach abgeschrieben.

##### Großbritannien.

Die deutschen Kohlen. Im Unterhause wurde von Regierungsteil mitgeteilt, daß seit dem Ausbruch des Bergarbeiterkriegs 94 000 Tonnen deutscher Kohlen, die auf Grund der Reparationsbestimmungen an Frankreich und Belgien geliefert wurden, in England eingeführt worden sind. Die englische Regierung habe keine Kenntnis von irgend einem Protest Deutschlands. Außerdem sei auch im Friedensvertrage keine Bestimmung enthalten, die eine Wiederaufnahme der fraglichen Kohle aus Frankreich und Belgien verbiete.

##### Schweiz.

Der Völkerbund. Bis her sind zu der am 6. Juni in Genf beginnenden Tagung der Union für den Völkerbund 162 Delegierte aus folgenden Ländern angemeldet: Österreich, Belgien, China, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Norwegen, Holland, Polen, Rumänien, Russland, Schweden und der Schweiz. Die dänische Vereinigung der Pisa für den Völkerbund hat um Aufnahme in die Union nachgefragt. Nach einer Meldung aus Washington sollen die Länder Latein-Amerikas ihren Ausdruck aus dem Völkerbund vorbereiten. Sie neigen zum Anschluß an die Ideen des Präsidenten Harding über eine Gesellschaft der Nationen.

##### Türkei.

Die Waffen in Angora. Die Annäherung, die zwischen der Regierung von Angora und der russischen Sowjetrepublik eingetreten ist, wird in politischen Kreisen mit Begeisterung betrachtet. Anderseits wird gemeldet, daß Griechenland beabsichtigt, demnächst eine neue Offensive zu unternehmen. Man meldet, daß König Konstantin sich demnächst nach Kleinasien begeben werde, um selbst das Oberkommando der griechischen Armee zu führen.

##### Ungarn.

Ungarns einziger Freund. In der Nationalversammlung sagte der ehemalige Minister Jakob Bleher, daß die Lage des europäischen Festlandes entweder durch